

Links & aktuell

DIE LINKE.Stadtverband Magdeburg

Ausgabe 10 21. Mai 2010

Modell Bürgerarbeit bleibt Stückwerk

Zu Vorstellungen Minister Haseloffs zur Bürgerarbeit erklärt die arbeitsmarktpol. Sprecherin der Fraktion Sabine Dirlich:

"Das Modell Bürgerarbeit, mit dem sich Minister Haseloff nunmehr bundesweit einen Namen machen will, bleibt Stückwerk. Wenn auch zweifellos die positiven Aspekte für die Arbeitslosen selbst, aber auch für die Gemeinschaft unbestritten sind, bleibt es bei der Kritik der LINKEN.

Die Bürgerarbeit führt nicht aus Hartz IV heraus, sondern hält die Betroffenen in diesem System fest. Das geschieht, weil sie nicht in der Arbeitslosenversicherung versichert sind und keine Ansprüche auf Arbeitslosengeld erwerben können.

Und das geschieht, weil das Einkommen zwar an der Mindestlohnforderung von 7,50 Euro orientiert, aber bei höchstens 30 Wochenstunden oder gar bei nur 20 Wochenstunden kein existenzsicherndes Einkommen erzielbar ist.

Die Betroffenen bleiben von weiteren Sozialleistungen abhängig. Das sind in der Regel die Kosten der Unterkunft, so dass auch keine Entlastung der Kommunen möglich ist.

DIE LINKE bleibt dabei, dass sie alle Projekte unterstützen wird, die sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Arbeitsplätze nachhaltig schafft. Alles andere bleibt in letzter Konsequenz Stückwerk und Augenauswischerei."

Magdeburg, 30. April 2010

Einladung zur Basiskonferenz im Rahmen der Programmdiskussion

am 19.6.
von 10.00 bis 15.00 Uhr

im Gewerkschaftshaus
Otto-von-Guericke-Straße

Wir bitten um eine zahlreiche Teilnahme!

Der Stadtvorstand

Kinderbetreuung zum Landesparteitag

Am 12. Juni 2010 findet in Magdeburg, im KONGRESS- & KULTURWERK – Fichte die 2. Tagung des 2. Landesparteitages statt.

Von Seiten des Vorbereitungsteams ist auch zu diesem Beratungstag eine **Kinderbetreuung** in der Zeit von 10.00 Uhr bis 15.30 Uhr vorgesehen.

Wir bitten **Delegierte und Gäste** des Landesparteitages bei Bedarf eine entsprechende Anmeldung vorzunehmen. Diese ist unbedingt notwendig, damit die Betreuer(innen) ein entsprechend altersgerechtes Betreuungsangebot vorbereiten können.

Rückmeldungen bitte bis spätestens 08. Juni 2010 per Post an

DIE LINKE Sachsen-Anhalt
Günter Schwab
Ebendorfer Str. 3
39108 Magdeburg

oder per Mail an
mitglieder@dielinke-lsa.de oder kiz@dielinke-lsa.de

Die Rückmeldung sollte nachfolgende Angaben des Kindes enthalten:

**Name und Vorname /
Geschlecht /
Alter /
Betreuungszeit von – bis Uhr.**

Herzlichen Glückwunsch

Zum Geburtstag

Am 22.05.

Franz Geisler zum 75.
Kurt Kretzschmar zum 77.
Manfred Wehrenpfennig zum 78.
Martin Künemund zum 80.

Am 23.05.

Joachim Dazert zum 48.
Jonny Haegebarth zum 77.
Rosemarie Bastel zum 80.
Heinz Groß zum 83.

Am 24.5.

Friedel Riefstahl zum 67.

Am 25.05.

Peter Wichmann zum 70.
Ursula Bunge zum 78.

Am 27.05.

Peter Schulze zum 50.
Udo Krieg zum 70.
Hans-Dieter Schwierske zum 78.

Am 29.05.

Gisela Volkmann zum 82.

Am 31.05.

Regina Johannsen zum 61.
Karl-Heinz Kob zum 62.

Am 1.06.

Gudrun Neumann zum 60.

Termine

Am 26.05.2010

17.00 Uhr
Mitgliederversammlung
BO Neustädter See
Kranichhaus
Schrotebogen 12

Am 17.06.2010

10:00 Uhr
GBM
Ebendorfer Straße 3

16:00 Uhr

Mitgliederversammlung
BO Zentrum Süd

Am 20.06.2010

Mitgliederversammlung
BO Semmelweisstraße
Gartenlokal "Mein Heim"

Am 23.06.2010

14.30 Uhr
Mitgliederversammlung
OV Nördliche Altstadt
Kühleweinstraße

27.5.2010

16.00 Uhr

**Beratung mit den
BO-Vorsitzenden
Veranstaltungsraum
der Rosa-
Luxemburg-Stiftung
Eingang Ebendorfer
Str. 4**

5.6.2010

10.00 Uhr

**Regionalkonferenz
Gewerkschaftshaus
Otto-von-Guericke-
Straße**

Rentenüberleitung: Gedächtnisstütze für Kanzlerin

"Waren es doch nur leere Wahlversprechen? - Das fragen sich viele Ältere in den neuen Bundesländern, die darauf warten, dass die Kanzlerin und weitere Abgeordnete vor allem von CDU, FDP und SPD aktiv in Sachen Rente werden." Darauf verweist Dr. Martina Bunge als Verantwortliche der Fraktion DIE LINKE für die Probleme der Rentenüberleitung Ost. Sie informiert darüber, dass voraussichtlich am 20. Mai ab etwa 13 Uhr im Bundestag eine Debatte zum Antrag der Fraktion unter dem Titel "Korrektur der Überleitung von DDR Alterssicherungen in bundesdeutsches Recht" stattfindet. Weiter erklärt die Abgeordnete: "Auch 20 Jahre nach Herstellung der Einheit gibt es noch zahlreiche Ungerechtigkeiten, die aus der Rentenüberleitung der DDR Alterssicherungen in bundesdeutsches Recht resultieren. Davon sind von den geschiedenen Frauen über Krankenschwestern und Balletttänzer bis hin zu Lehrerinnen und Polizisten zahlreiche Gruppen betroffen. Viele befinden sich in einer schwierigen sozialen Lage und sind zum Teil auf Sozialleistungen angewiesen. Für sie wäre zwar die Angleichung des Rentenwertes Ost an West schon eine Hilfe, aber auch gestrichene Ansprüche müssen endlich anerkannt werden. Nicht zuletzt die Kanzlerin hatte im Vorjahr Hoffnungen genährt, dass wenigstens ein Teil der Probleme gelöst werden könnte. Daran wollen wir sie jetzt erinnern und fordern sie und die Bundesregierung erneut auf, entsprechende Regelungen vorzulegen. Die Betroffenen werden genau schauen, welche Positionen die einzelnen Fraktionen in der Debatte vertreten."

Redaktionsschluss für die Ausgabe Nr. 11 von Links&aktuell ist der 21.05.2010.

Beiträge können zu den Sprechzeiten des Stadt-vorstandes abgegeben werden. Oder per Mail:

linksundaktuell@dielinke-magdeburg.de
Der Stadtvorstand ist unter folgender E-Mail Adresse erreichbar:

stadtvorstand@die linke-magdeburg.de

Die Ausgabe 11 erscheint am 04. Juni 2010

Rede zum 8. Mai 2010

Sehr geehrte Damen und Herren, Liebe Freundinnen und Freunde,
heute vor 65 Jahren endete mit der Kapitulation Hitler-Deutschlands der zweite Weltkrieg in Europa. Die Völker Europas waren von der Barbarei der Nazi-Diktatur und seiner Verbündeten befreit. Gedenken wir heute, und nicht nur heute, den unzähligen Opfern eines einzigartigen verbrecherischen Regimes. Erinnern wir an jene, die in den Streitkräften der Anti-Hitler-Koalition ihr Leben für die Freiheit gaben, an jene die im Widerstand und in Partisanenverbänden täglich ihr Leben riskierten, die verfolgt, vertrieben und ermordet wurden.

Mit dem 8. Mai beendeten die Alliierten den deutschen Vernichtungskrieg, die industrielle Vernichtung von Jüdinnen und Juden in der Shoah und all die anderen Grausamkeiten der Deutschen gegen diejenigen, die nicht in die nationalsozialistische Volksgemeinschaft gehören sollten oder wollten. Der 8. Mai als Ende der praktizierten Barbarei sollte somit nach wie vor ein Tag der Freude sein. Nutzen wir den Tag und sagen Danke - Спасибо - THANK YOU – MERCI.

Ich freue mich daher besonders, dass heute Mitglieder der russischen Gemeinde in Magdeburg mit uns gemeinsam der Befreiung gedenken.

Bis heute ist der 8. Mai in der Bundesrepublik weder Gedenk- noch Feiertag. Nur in Mecklenburg-Vorpommern ist dieses Datum als "Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des 2. Weltkrieges" ein gesetzlicher Gedenktag. Gestern Nachmittag wurde der Antrag der Linksfraktion im Bundestag unter dem Titel **"Tag der Befreiung muss gesetzlicher Gedenktag werden"** behandelt. Einer Gleichsetzung von Nationalsozialismus und DDR, wie es durch einem Redner der CDU geschehen, müssen wir uns zur Wehr setzen. Leider war der 8. Mai nicht die erhoffte Befreiung vom Nationalsozialismus. Zwar wurde die Herrschaft der Nazis beendet, doch die Ideologie blieb. So brüllen auch heute noch Alte und Neue Nazis ihre Parolen und schlagen auf alles ein, was nicht in ihr Weltbild passt.

Und so bleibt für uns heute der Schwur von Buchenwald aktuell: „Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung, der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“

Dennis Jannack

stellv. Stadtvorsitzender DIE LINKE. Magdeburg



Schieflage Bachelor?

Der Bachelor wurde ins Leben gerufen aber gleichzeitig wurde die Theorie wie so oft nicht bis zu Ende gedacht, geschweige denn in die Praxis umgesetzt. Ich glaube mich laienhaft zu erinnern, dass diese Prozedur der Umstellung dazu dienen sollte, eine internationale Angleichung vorzunehmen. Blöd nur, dass es scheinbar national eher zu einem völligen Chaos geführt hat.

Warum ist das so?

Nun die Grundidee, das Studium einzuteilen in sechs Semester Bachelor und vier Semester Master ist grundsätzlich nicht schlecht, haben wir uns doch allzu oft darüber aufgeregt, dass die Studienlandschaft von niederträchtigen Langzeitstudenten fast platzt und damit wieder ein Schritt mehr in Richtung Wohlfahrtsstaat gemacht wurde. Das kann nicht angehen, also muss was Neues her. Die Bildung soll verbessert werden, Kosten gespart, Eigenverantwortung und Selbstständigkeit sind oberstes Gebot. Problem nur, in der Umsetzung erinnert der Bachelor eher an eine Verschulung, von Selbstständigkeit und Eigenverantwortung ist bislang eher wenig zu spüren. Alles wird fertig vorgesetzt, Meinungen, kritische Hinterfragungen sind nach wie vor tabu. Notenvergabe ist ja ganz nett aber was soll man darunter verstehen, dass plötzlich wieder auswendig lernen für einen Moment mehr Priorität erhält, als langfristiges Lernen, plus Umsetzung, was in der Praxis möglicherweise den Vorteil bringen könnte, dass Theorie nicht nur Theorie bleibt, sondern dass qualitativ gearbeitet wird. Aber das bereits erwähnte ist eigentlich ein alter Hut und ich möchte gern ein paar Punkte ansprechen, die noch weniger gern Gehör finden. Zu dem eigentlichen Problem, dass der Bachelor in der Umsetzung viele Lücken aufweist, kommt hinzu, dass gravierende Unterschiede in der Bewertung von Fachhochschulen und Universitäten vorgenommen werden. Fachhochschulen scheint noch immer jeglicher Anspruch auf Wissenschaftlichkeit abgesprochen zu werden. Sie werden im Vergleich zu einer Universität als minderwertiger angesehen, man möchte sich eben klar distanzieren und sich die Herrschaft über diese Lobby nicht streitig machen lassen. Es scheint auch mitunter ein wahres Hobby zu sein, die Meinung zu vertreten, dass man Seminare, die an einer Fh angeboten werden, nicht mit dem vermittelten Lehrstoff an einer Uni vergleichen möchte. Aber nicht, weil man mögliche Schwerpunkte unterscheidet, sondern weil man gleich so weit geht und die Qualität in Frage stellt. Der Verdacht liegt nahe, dass man nicht davon abgeneigt ist, auch über die Studierenden an einer FH den Stab zu brechen und sie möglicherweise indirekt mehr als Studenten 2.ter Klasse bezeichnet. Es ist auch seltsam, dass auf der Suche nach einem Praktikum, einem als erstes die Frage gestellt wird, was man denn gedenkt mit seinem Abschluss an der Fh anzufangen. Schließlich wird man daran erinnert, dass ist das jawohl nicht ausreichend. Vor allem, wenn man an diverse Studiengänge denkt, wie Rehabilitationspsychologie, Kindheitswissenschaften, Gesundheitsmanagement. Die letzteren beiden haben ja noch nicht einmal eine tatsächliche Berufsbezeichnung auf dem Arbeitsmarkt, welche dann auch erstmal um eine Anerkennung kämpfen müssten. Rehabilitationspsychologie ist dann wiederum noch ein ganz anderes Unterfangen, bedenkt man, dass trotz Zukunftsversprechender, erfolgreicher Akkreditierung einer hervorstechenden Mehrheit völlig unklar ist, was das überhaupt sein soll und der Rest häufig denkt, na ja, aber das ist ja wohl keine richtige Psychologie. Selbstverständlich wird einem das nicht so gesagt, sondern, die Zukunft verspricht gutes und bis auf die Tatsache, dass man noch einen langwierigen Ausbildungsweg zu beschreiten hat, der natürlich aus eigener Tasche zu finanzieren ist, aber man muss eben Prioritäten setzen, wird das intensive in einen Dialog treten lediglich zu einem Wortgefecht, welches Tatsachen verschleiert und ein Bild entwirft, welches zum Teil nichts mit der Realität zu tun hat. Denn ein weiterer Punkt liegt nahe, sich mal Gedanken zu machen, wie es denn um die zumindest oft positiv hervorgehobene Praktikazeit steht, um die Studierenden effektiv an Die Praxis heranzuführen. Diese Erfahrungsverheißenden Praktika werden selbstverständlich nicht vergütet, Fahrtkosten, zusätzliche Unterkunftskosten werden auch hier gern selbst übernommen. Oder besser, wenn's gar nicht anders geht eben von den Eltern, die ja ohnehin an ihre Unterhaltszahlungen erinnert werden, denn wer studieren will, muss eben auch die Brieftasche öffnen und wer ganz nach oben will, sollte sich darüber im Klaren sein, dass nicht die mitgebrachten Fähigkeiten zählen, sondern, das mitgebrachte Geld. Nach dem Bachelor, machen wir gern weiter als Dauerpraktikant, denn nun heißt es, Berufserfahrung sammeln, vorherige Ausbildungen, die extra vor dem Studium absolviert wurden, werden nicht anerkannt. Da man aber noch nicht so weit ist, bundesweit den Bachelor als eigenständigen Abschluss anzuerkennen, sondern ihn zum Vordiplom degradiert, ist es zwar ausreichend in voller Verantwortung als Vollzeitkraft eingesetzt zu werden, da ja prinzipiell Personal- und Finanzmangel herrschen, aber man ist leider noch nicht so weit in seiner Ausbildung und das muss man einfach verstehen, dass man entsprechend vergütet wird. Und wenn man dann die bescheidene Frage stellt, wie man denn diese Zeit überbrücken soll, bis man dann den wohlverdienten Master antreten darf, dann wird einem der Gedanke nahe gelegt, doch einen Kredit aufzunehmen. Da freut sich jede Bank und der stetig wachsende Schuldenberg in den sich läppernden Jahren gewinnt an Größe. Der Wechsel zu einer Universität, um dann auch den qualitativ „richtigen“ Master zu erwerben, ist selbstverständlich theoretisch möglich unter Voraussetzung von Wartesemestern, Berufserfahrung, Motivationsschreiben.... Und tatsächlich will man aber keine Fachhochschüler haben, auch wenn das Gesetz es eigentlich vorsieht, aber wo käme die Hochschulpolitik denn da hin, ließe man feindliches Gut, in die heiligen Hallen, vermutlich ist dann der Untergang der Wissenschaftlichkeit vorprogrammiert. Die Frage, die ich mir immer wieder stelle, ist natürlich auch, warum denn alles so in die Länge gezogen wird, um dann doch immer wieder Mängel und Defizite aufzuzeigen, bis man dann entweder völlig geschröpft, verschuldet aufgibt, um sich dem Fußvolk anzuschließen oder so überqualifiziert ist, dass dann erst recht keine Arbeitsplätze mehr zu vergeben sind, da wir uns es im Zuge der Wirtschaftskrise nicht mehr leisten können.

Yvonne Kohl